

**Geschäftsstelle der UOKG**

## Rücktritt der Brandenburger Landesregierung notwendig

Berlin, 29.11.2009

Auf dem UOKG-Verbandetreffen in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS, anwesende Opferverbände verabschiedeten am 28.11.2009 folgende Resolution:

Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, die Koalition mit der Stasi-unterwanderten Linkspartei umgehend zu beenden und eine neue Regierungskoalition auszuhandeln.

Die Stasi-Verfilzung der Linkspartei im Brandenburgischen Landtag schadet dem internationalen Ansehen des Landes.

Nach Presseberichten sind mindestens fünf Landtagsabgeordnete der Stasi-Täterschaft überführt. Damit erreicht die Stasi-Seilschaft innerhalb der Linkspartei „Fraktionsstärke“ (Johanna Wanka, CDU). Die Koalitionsmehrheit der derzeitigen Regierung Platzeck zerbricht, denn ohne die ehemaligen Stasi-Spitzel in der Linkspartei ist die Koalitionsmehrheit außerordentlich brüchig. Dies fügt dem demokratischen Ansehen des Landtages und der demokratischen Kultur im Lande Brandenburg unermesslichen Schaden zu.

„Stasi an die Macht“ – das war nicht das Ziel der friedlichen demokratischen Revolution von 1989. Das entspricht auch nicht dem Wählerwillen 2009. Denn der Wähler wurde über das Ausmaß der Stasi-Verfilzung innerhalb der Linkspartei systematisch getäuscht.

Daher fordern wir den sofortigen Rücktritt der Koalitionsregierung und die Aufnahme von neuen Koalitionsverhandlungen mit den demokratischen Parteien im Landtag zu Brandenburg.